

XX

Reg.

Kleine Anfrage Fraktion SVP Plus (Werner Pauli, AP): Verwaltungszentrum Guisanplatz

Der Bund plant am Guisanplatz den Bau eines Verwaltungszentrums mit einer Kapazität von 3 300 Arbeitsplätzen. Ob das ganze Verwaltungsgebäude vom Bund selber beansprucht wird, oder teilweise vermietet werden kann, ist aus Presseberichten nicht ersichtlich. Der Stadt wurde sich allenfalls die Möglichkeit bieten, sich an diesem verkehrsmässig gut erschlossenen Standort einzumieten und Direktionen und Ämter zu zentralisieren. Dadurch wurde in der Stadt an verschiedenen Standorten Raum für Wohnungen zur Verfügung stehen und es könnte auf Überbauung von Grünflächen oder sogar Wald verzichtet werden. Ich stelle deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Ist eine Einmietung in diesem Verwaltungszentrum möglich und wenn ja zu welchen Bedingungen?
2. Wenn nicht, sieht der Gemeinderat andere Möglichkeiten um die städtische Verwaltung zentral zusammenzufassen?

Kleine Anfrage Werner Pauli (SVP Plus): Kurt Rügsegger, Roland Jakob, Eveline Neeracher, Manfred Blaser, Robert Meyer, Simon Glauser

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Nach Rücksprache mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) wird das Verwaltungszentrum Guisanplatz vollständig durch Ämter der Bundesverwaltung belegt werden. Die Einmietung der Stadtverwaltung ist nicht möglich.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat verfolgt im Rahmen der Raum- und Standortoptimierung das Ziel, die Stadtverwaltung mit der Auflösung von Zumieten auf weniger Standorte in stadteigenen Verwaltungsgebäuden zu konzentrieren. Diese Konzentration erfolgt schrittweise, vor allem im Zusammenhang mit Sanierungsprojekten. So können beispielsweise mit der vorgesehenen Sanierung und Verdichtung des Verwaltungsgebäudes an der Schwanengasse 14 mit gleichzeitiger Nutzung des Beer-Hauses als Verwaltungsgebäude drei Zumieten aufgelöst werden. Der Bau eines Stadthauses, in welchem die ganze Stadtverwaltung untergebracht werden könnte, wurde durch den Gemeinderat mehrmals geprüft, aus Kostenüberlegungen aber stets verworfen.

Bern, 14. November 2012

Der Gemeinderat